Freie Demokraten

Kreisverband Starnberg FDP

Newsletter der FDP im Kreistag, Stadtrat, Gemeinderat

April 2019

Kreistag

Der Kreisverband Starnberg des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK) hat in Gesprächen mit den Fraktionen im Kreistag und der Verwaltung darauf hingewiesen, dass der Schutz der Bevölkerung im Katastrophenfall im Landkreis nicht mehr problemlos Maße gewährleistet sei. Grund dafür ist der schlechte Zustand oder gar Wegfall von Bereitschaftsstandorten, an denen Fahrzeuge untergebracht und Personal geschult und trainiert wird. Die Gewinnung von ehrenamtlichen Helfern ist durch die schlechten Übungs- und Unterbringungsmöglichkeiten ebenfalls gefährdet. Besonders schwierig scheint die Situation in Gilching und Tutzing zu sein, aber auch in anderen Gemeinden gibt es teils massive Defizite. Das BRK hat ein Konzept für Neu- und Ausbauten vorgelegt. Während die Kosten bisher wohl zu über 80% vom BRK getragen wurden, wird nun eine Reduktion auf 65% angestrebt. Der Landkreis ist hier aufgerufen, gemeinsam mit dem BRK ein Konzept zur Stärkung des Katastrophenschutzes im Landkreis zu entwickeln und sich auch umfangreicher als bisher an den Kosten zu beteiligen. Die zunächst vorgesehene Einrichtung eines Feuerwehr- und Zivilschutzzentrums in Frieding musste aus Kostengründen zurückgestellt werden.

Nach einem Bericht zum aktuellen Stand des Klimapakts im Kreistag fand im Landratsamt ein Klimadialog statt, in dem nach einer Rückschau mit Praxisbeispielen die Zukunft des Klimapakts diskutiert wurde. Im Klimapakt des Landkreises verpflichten sich 13 der 14 Landkreisgemeinden jedes Jahr 3 klimawirksame Projekte umzusetzen. Angereichert war die Veranstaltung durch die Anwesenheit von Schülern aus zwei Gymnasien im Landkreis, die nach ihrer Teilnahme an der Demonstration "Friday for Future" direkt ins Landratsamt gekommen waren. Fazit der Veranstaltung war, dass der Landkreis bei der Energiewende nur langsam vorankommt; dennoch bestand Einigkeit, den Klimapakt verstärkt fortzusetzen. Wir glauben, dass der Blick nur auf den Landkreis zu kurz greift. Die Energie- und Klimaproblematik lässt sich nur in einem weiteren Blickfeld energisch angehen (siehe z. B. das Engagement der Stadt München bei Windkraftwerken in Norwegen). Aber natürlich müssen auch lokal sinnvolle Projekte umgesetzt werden.

Feldafing

Die unendliche Geschichte des Abzugs der Bundeswehr aus Feldafing nimmt nun doch ein Ende. In gut eineinhalb Jahren wird das Gelände aufgelöst werden und damit eine Fläche von ca. 32 Hektar „frei“. Die Gemeinde will diesen Grund erwerben, was von der FDP unterstützt wird, da

Freie Demokraten
Kreisverband Starnberg FDP

Newsletter der FDP im Kreistag, Stadtrat, Gemeinderat

April 2019

die diese Fläche, die ca. 45 Fußballfeldern entspricht, gemeindlich entwickelt werden soll. Nach Auffassung der FDP sollte die Gemeinde hier die „Oberhand“ behalten und entscheiden können, was auf dem Areal geschieht. Über den Preis gibt es bisher nur Vermutungen, da die entsprechenden Gutachten noch nicht vorliegen, aber rund 7 Mio. EUR hat die Gemeinde auf der hohen Kante liegen. Die Konversion ist auf 15 Jahre ausgelegt. Um die Gemeinde und auch den gesamten Landkreis nicht zu überfordern, ist eine äußerst langsame Herangehensweise angesagt. Begonnen werden muss mit Sanierung, Umbau und Abriss der bestehenden Gebäude 2021. Insgesamt ist eine gute Mischung angedacht: Entlang der Hauptverkehrsstraße umweltverträgliche Betriebe, Forschungseinrichtung oder ähnliches, Wohnbebauung, eine Sonderfläche „Tourismus" und gemeindliche Einrichtungen wie z.B. ein neues Feuerwehrhaus, der Bauhof, ein Kinderhaus, Museum usw. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den unter Denkmalschutz stehenden Sturmblockhäusern, die 1938 von den Nazis für die Reichseliteschule gebaut worden waren. Hier sind sowohl kleine Appartements als auch größere Wohneinheiten und eine kommunale Nutzung möglich.

Gauting

Der Bebauungsplan 100, der das Areal des gesamten AOA-Geländes sowie der dahinterliegenden Freifläche umfasst, erregt derzeit viel Aufmerksamkeit. Ein Architektenwettbewerb hat einen Planungsentwurf hervorgebracht, der einige Anwohner in deren Wohnqualität sehr beeinträchtigt. Auch die Größe des Planumgriffs erschrickt die Anwohner. Es wird erwartet, dass mehr als 500 Bürger dort zuziehen werden. Auch soll ein Supermarkt gebaut werden, der u.U. nicht notwendig ist. Die FDP sieht in dem Plan auch Schwächen und wir möchten mit den Bürgern ins Gespräch treten, um eine Lösung zu finden, die sowohl für jetzige Anwohner als auch für künftige ein schönes Zuhause ermöglicht. Hier müssen vor allem die Bedenken der Bürger gehört und sich nicht über die Bürger hinweggesetzt werden.

Krailling

1. Kommunales Energiemanagement für Liegenschaften der Gemeinde Krailling
Im März erhielt der Bauausschuss einen Zwischenbericht der EZA, welche nun seit drei Jahren die wichtigsten öffentlichen Gebäude der Gemeinde (Schule, Rathaus, Kindergarten, Feuerwehr, Bibliothek) hinsichtlich der Energieeffizienz begutachtet. Dabei wurden Energieverbräuche erfasst und bewertet sowie Nachjustierungen bei der Anlagentechnik vorgenommen. Zurecht

wichtig war den Ingenieuren, dass sie die Erfahrungen und Wünsche der Nutzer abfragten und mit ihnen zusammen die Anlagen optimierten. Noch ein Jahr wird nun das sogenannte Monitoring dauern. Der FDP-Gemeinderat hatte zum Zeitpunkt der Beauftragung keinen rechten Sinn einer solchen Untersuchung gesehen, da doch fast alle betrachteten Gebäude gerade erst neu gebaut und frisch saniert waren. Est hat sich allerdings leider herausgestellt, dass teilweise Leistungen aus der Bauphase nachgeholt werden mussten und auch die „Standardeinstellungen“ der Haustechnik nicht passten.

2. Kommunale Grünflächen – Pflege- und Entwicklungsstrategien

Aus Anlass eines Bürgerantrags zu Blühflächen für Insekten wurden dem Gemeinderat im April sämtliche von der Gemeinde gepflegten Grünanlagen vorgestellt und die Entwicklungschancen aufgezeigt. Die auch für diese Themen eingestellte Bauamtsmitarbeiterin Frau Brettinger erläuterte die zwei Richtungen der Grünpflege: Zum einen gibt es gestaltete Beete hauptsächlich mit langblühenden Stauden, zum anderen viele Magerrasenflächen, welche sich mit der Zeit zu kleinen Blüh-Inseln entwickeln werden.

3. Gewerbegebiete in der Nachbargemeinde Gauting – JA, ABER.

Der Bauausschuss befasste sich im März auch mit den Planungen der Nachbargemeinde Gauting für zwei Gewerbegebiete: einmal westlich des Klinikgeländes und einmal direkt an der Straße nach Pentenried. Die Mehrheit der Bauausschussmitglieder, darunter FDP-Gemeinderat Sebastian Sefzig – unterstützt diese Planungen. Allerdings wird der Verkehr, welcher dadurch auch auf Kraillinger Gebiet zu erwarten ist, bis dato noch nicht ausreichend berücksichtigt. Hier ist die Gemeinde Gauting gebeten worden nachzuarbeiten.

Besonders im Fokus wird dabei die Verbindung von der Autobahn durch Pentenried zum Penny-Kreisel stehen. Vielleicht schafft Gauting ja auch eine kurze Verbindung auf Gemeindeflur zwischen Römerstraße und Penny, denn dort wird der meiste Verkehr zu erwarten sein.

4. Seniorenbeirat erneut leider abgelehnt

Schon seit längerem verhindert die Mehrheit im Kraillinger Gemeinderat aus CSU und UWK einen Seniorenbeirat und auch einen Jugendbeirat. Ein gemeinsamer Antrag von FBK, FDP, Grünen und SPD erhielt im April erneut keine Mehrheit – er wurde mit 10:10 abgelehnt. Seitens der CSU wurde ein Jugendbeirat als sinnvoller erachtet – aber auch dieser wurde durch die CSU

und UWK bereits einmal abgelehnt (damals war dies als FDP-Idee in einem früheren Antrag von FBK, FDP, Grüne und SPD enthalten).

5. Rudolph Haux in Aktion
Der FDP-Bürgermeisterkandidat und Kraillinger FDP-OV-Vorsitzende Rudolph Haux macht mächtig Wahlkampf: Er ist persönlich vor Ort bei der Schuleinschreibung, bei Supermärkten und beim Wochenmarkt. Seine Person und sein Programm konnte er überzeugend auch auf zwei Veranstaltungen vorstellen, zu welchen alle drei Kandidaten eingeladen waren: einmal im Gewerbegebiet KIM zu einer gemeinsamen Veranstaltung von KIM e.V. und Gewerbeverband mit ca. 50 Gewerbetreibenden und zum zweiten bei der Podiumsdiskussion der Süddeutschen Zeitung mit sicher mehr als 300 Kraillingerinnen und Kraillingern in der Turnhalle der Grundschule.

<u>Seefeld</u>

Die Arbeitsgruppe "Ortsgestaltung" des Gemeinderats hat als erste Aktivität ein Konzept zur Verflüssigung des Verkehrs in der Seefelder Hauptstraße erarbeitet, das jetzt umgesetzt wurde: es sieht konsequent ein einseitiges Haltverbot vor, das mehrmals die Straßenseite wechselt. Zusätzlich wurden auf 2 Stunden beschränkte Haltezonen eingerichtet. Damit kann hoffentlich die Ringbuslinie 924 problemlos den Anschluss an die S-Bahn am Bahnhof Seefeld-Hechendorf erreichen. Den ersten Erfahrungen nach zu schließen muss an der Akzeptanz dieser Regelung durch die Autofahrer noch gearbeitet werden.
Die weitere Ortsplanung soll trotz des bevorstehenden Kommunalwahlkampfs weitergeführt und nur kurz von Dezember bis März unterbrochen werden. Die Moderatoren (Planungsverband äußerer Wirtschaftsraum und Human-IT-Service) haben ihr Konzept vorgestellt. Eine Steuerungsgruppe aus Gemeinderäten jeder Fraktion, der Verwaltung und Bürgern aus den gesellschaftlichen Gruppierungen soll den Prozess mit koordinieren. Auftakt soll am 9. Mai mit einer öffentlichen Veranstaltung sein. Dies zeigt, dass dem Gemeinderat eine umfangreiche Bürgerbeteiligung sehr wichtig ist; sie soll auch über das Internet ermöglicht werden. Als erstes Web-Projekt können die Bürger ihre Kritik und Anregungen zur Verkehrssituation in der Hauptstraße (s. o.) online vortragen.

Freie Demokraten

Kreisverband Starnberg FDP

Newsletter der FDP im Kreistag, Stadtrat, Gemeinderat

April 2019

Starnberg

Gleich zu Beginn April stand die Mediation Stadt Starnberg / Deutsche Bahn auf der Agenda.

Zum Sachverhalt: Der zwischen Stadt und DB vor über 30 Jahren geschlossene Vertrag zum Neubau der Bahnanlagen am Bahnhof See wurde/konnte in dieser Laufzeit nicht umgesetzt werden. Um dennoch eine Einigung zu erzielen und einen Streit zu vermeiden, hat der Stadtrat vor über einem Jahr einer Mediation zugestimmt. Die feststehende Mehrheit im Stadtrat hat die teilnehmenden Stadträte bestimmt. Trotz meiner langjährigen Kenntnisse aller bisherigen Planungen hat die genannte Mehrheit eine Teilnahme der FDP abgelehnt. Einige der teilnehmenden Stadträte sitzen gerade erst seit der letzten Wahl im Stadtrat. Alle Teilnehmer sind zum Schweigen über diese Mediation verpflichtet!
Für alle anderen Stadträte stellt dies trotz akzeptierter Vereinbarung ein Ärgernis dar, ebenso für die Bürger. Schweigen und Geduld ist eine schwierige Tugend, die katastrophalen Verhältnisse am Bahnhof See jedoch sind nicht mehr länger zu ertragen. Daher haben wir den Antrag gestellt: „Alle einem Mediationsergebnis folgenden Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren dürften bei einer Einigung mit der DB aber noch 10 Jahre andauern. Das bedeutet noch ein langes Warten auf die endgültigen Umbaumaßnahmen. Aus unserer Sicht ist es weder den Bürgern zumutbar die derzeitigen Zustände am Bahnhof See länger zu ertragen, noch kann das im Interesse einer kundenorientierten Bahn sein. Es müssen zumindest provisorisch barrierefreie Zugänge und Dächer über den Bahnsteigen hergestellt werden. Daher beantragen wir:

Die Verwaltung möge umgehend mit den dafür Verantwortlichen der DB klären, wie für beide Seiten akzeptable Zwischenlösungen kurzfristig erreicht werden können.“

In der nachfolgenden Sitzung stand die Erschließungsplanung für das Einheimischenmodell „Am Wiesengrund“ auf der Tagesordnung. Obwohl alle Bewerber der endgültigen Vergabe entgegenfiebern, ebenso unser Haushalt die Einnahmen benötigt, wurde das Thema auf Antrag einer Stadträtin abgesetzt, da sie nicht die Unterlagen „kannte“, obwohl sie bereits im Hauptausschuss behandelt worden waren. Unser Protest fand keine Mehrheit, der Wahlkampf ist im vollen Gange, die Sach-Arbeit für die Bürger kann warten!

Freie Demokraten

Kreisverband Starnberg FDP

Newsletter der FDP im Kreistag, Stadtrat, Gemeinderat

April 2019

Tutzing

Ende März und nur eine Woche später wurden gleich zwei Gemeinderatssitzungen abgehalten, bei welchen hauptsächlich wieder die Herausforderungen zweier Tutzinger Schulen im Fokus standen (vgl. auch Newsletterbeitrag Dezember 2018). Zum einen die Mittelschule: Hier wurde – trotz der enormen Baukosten – einstimmig beschlossen, dass die Gemeinde die vorgestellten Planungen bei der Regierung von Oberbayern einreicht, damit die Fördermittel und Zuschüsse konkretisiert werden können. Nach diesem Schritt könnte erst festgestellt werden, wie hoch der von der Gemeinde tatsächlich zu tragende Anteil sein würde. Die Spanne reicht von geschätzten EUR 4 Mio. bis zu 7,3 Mio.

Zweites dominierendes Schulthema betraf das Tutzinger Gymnasium. Die Relevanz und das Interesse am Thema zeigten sich auch an den vielen Zuhörern in der Sitzung. Kurz nach Bekanntgabe der Übernahme der Trägerschaft an den Landkreis wurde seitens der Tutzinger FDP ein Eilantrag eingereicht:

> *Der Gemeinderat fordert die Gemeindeverwaltung auf, die bestehenden Planungen zur Sanierung des Gymnasiums Tutzing – trotz der zukünftigen Übernahme der Trägerschaft durch den Landkreis – unmittelbar voranzutreiben. Hierfür erforderliche Ressourcen sollen seitens der Verwaltung bereitgestellt werden.*
> *ZIEL*
> *Planung und eventuell Beginn der Sanierungsmaßnahmen auch noch vor Übergabe der Sachaufwandsträgerschaft.*
> *BEGRÜNDUNG*
> *Der Termin der Übergabe des Gymnasiums ist vollkommen unklar. Bis dahin kann viel ungenutzte Zeit vergehen, die für konkrete Planungen und auch schon für die Durchführung dringend notwendiger und – seitens der Gemeinde – gewünschter Sanierungen genutzt werden kann. Bisher wurden schon viele Ressourcen für Sanierungsplanungen aufgewendet, die nicht ungenutzt bleiben sollen; diese Planungen können zeitnah weitergeführt werden, ohne dass eine andere Institution wieder von vorne beginnen muss. Diese vorgeschlagene aktive und nicht abwartende Haltung fordert zwar einen Mehreinsatz seitens der Verwaltung, aber die genannten Vorteile für die Gemeinde und das Gymnasium überwiegen klar.*

Freie Demokraten

Kreisverband Starnberg FDP

Newsletter der FDP im Kreistag, Stadtrat, Gemeinderat

April 2019

Der Antrag wurde zwar abgelehnt, da die Eilbedürftigkeit nicht anerkannt wurde, aber es wurde seitens der Verwaltung (ohne Anwesenheit der Bürgermeisterin) versichert, dass dies alles lückenlos vorangetrieben wird. Wir sind gespannt und bleiben am Ball!